

Fragen

**für die Fragestunde der Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 27. September 2000**

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Albowitz, Ina (F.D.P.)	50, 51	Lange, Christian (Backnang) (SPD)	34, 35
Barthle, Norbert (CDU/CSU)	46, 58	Lenke, Ina (F.D.P.)	22, 23
Böttcher, Maritta (PDS)	1, 2	Michelbach, Hans (CDU/CSU)	56, 57
Bonitz, Sylvia (CDU/CSU)	52, 53	Dr. Müller, Gerd (CDU/CSU)	32, 33
Brinkmann, Rainer (Detmold) (SPD)	38, 39	Niebel, Dirk (F.D.P.)	8
Burgbacher, Ernst (F.D.P.)	13, 14	Nolting, Günther Friedrich (F.D.P.)	17, 18
Flach, Ulrike (F.D.P.)	49	Ostrowski, Christine (PDS)	36, 37
Hasselfeldt, Gerda (CDU/CSU)	61, 62	Dr. Rose, Klaus (CDU/CSU)	40, 41
Haupt, Klaus (F.D.P.)	20, 21	Rossmann, Kurt J. (CDU/CSU)	30, 31
Hauser, Norbert (Bonn) (CDU/CSU)	63, 64	Dr. Seifert, Ilja (PDS)	15, 16
Hinsken, Ernst (CDU/CSU)	44	Siemann, Werner (CDU/CSU)	19, 48
Hofbauer, Klaus (CDU/CSU)	9, 10	Singhammer, Johannes (CDU/CSU)	26, 27
Dr. Knake-Werner, Heidi (PDS)	11, 12	Straubinger, Max (CDU/CSU)	42, 43
Dr. Kolb, Heinrich L. (F.D.P.)	24, 25	Strobl, Thomas (Heilbronn) (CDU/CSU)	59, 60
Kopp, Gudrun (F.D.P.)	3, 4	Stübgen, Michael (CDU/CSU)	54, 55
Koppelin, Jürgen (F.D.P.)	5, 6	Weiß, Peter (Emmendingen) (CDU/CSU)	45
Koschyk, Hartmut (CDU/CSU)	7, 47	Wittlich, Werner (CDU/CSU)	28, 29

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	10
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts	11
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	12
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	13

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

1. Abgeordnete
**Maritta
Böttcher**
(PDS)
Welchen Stellenwert hat für die Bundesregierung gegenwärtig die in der Koalitionsvereinbarung verankerte Zielsetzung einer Absicherung der verfassten Studierendenschaft durch eine Weiterentwicklung des Hochschulrahmengesetzes, insbesondere vor dem Hintergrund der Überlegungen in Niedersachsen, die verfasste Studierendenschaft im Landeshochschulgesetz abzuschaffen?
2. Abgeordnete
**Maritta
Böttcher**
(PDS)
Sieht die Bundesregierung angesichts der anerkannten Notwendigkeit des Engagements auch von Hochschulen und Forschungseinrichtungen gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Rechtsextremismus den Bedarf einer Erweiterung der Aufgaben der verfassten Studierendenschaft nach dem Hochschulrahmengesetz?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie

3. Abgeordnete
**Gudrun
Kopp**
(F.D.P.)
Bedeutet die von der Bundesregierung erstmalig beabsichtigte Kürzung der jährlichen Zuschüsse an die Stiftung Warentest von 13 Mio. DM auf 8 Mio. DM, dass der Minister für Wirtschaft und Technologie von seinem ursprünglichen Kürzungsansatz auf zunächst 10 Mio. DM für das Jahr 2001 abgerückt ist?
4. Abgeordnete
**Gudrun
Kopp**
(F.D.P.)
Ist nach Kenntnis der Bundesregierung eine Änderung der Stiftungssatzung – § 11 – in der Weise geplant, dass künftig Anzeigenschaltungen in Warentest-Magazinen ausdrücklich gestattet sein sollen?
5. Abgeordneter
**Jürgen
Koppelin**
(F.D.P.)
Teilt die Bundesregierung die Meinung des Bundesministers der Verteidigung, Rudolf Scharping, dass die Genehmigung für den Export einer Munitionsfabrik für die Türkei nur hätte abgelehnt werden können, wenn gleichzeitig ein erheblicher Vertrauensschaden „in Kauf genommen worden wäre“ (DER SPIEGEL vom 4. September 2000)?

6. Abgeordneter
Jürgen Koppelin
(F.D.P.)
- Teilt die Bundesregierung die Meinung des Bundesministers der Verteidigung, Rudolf Scharping, dass die Genehmigung für den Export einer Munitionsfabrik für die Türkei erteilt werden musste, da „die Türkei Nato-Partner ist und schon wegen ihrer geografischen Lage von enormer strategischer Bedeutung ist“ (DER SPIEGEL vom 4. September 2000)?
7. Abgeordneter
Hartmut Koschyk
(CDU/CSU)
- Hat die Regulierungsbehörde für Telekommunikation und Post den ab 1. Januar 2001 geltenden neuen Sozialtarif für behinderte Menschen genehmigt und sieht die Bundesregierung Handlungsbedarf aufgrund der Tatsache, dass die bisher geltenden Vergünstigungen bei den Grundgebühren in Zukunft auf die Gesprächsverbindungen Anwendung finden und damit wenig telefonierende behinderte Menschen benachteiligt werden?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung

8. Abgeordneter
Dirk Niebel
(F.D.P.)
- Ist die Bundesregierung der Meinung, dass die Bearbeitungsfrist für die Erteilung von Arbeits- und Aufenthaltsgenehmigungen, die für ausländische Computerexperten per Verordnung innerhalb einer Woche abgewickelt werden (die so genannte Green Card), auch für ausländische Arbeitskräfte, die in Deutschland an Projekten beteiligt sind und den Regelungen der Anwerbestoppausnahmereverordnung unterliegen, ebenfalls auf eine Woche verkürzt werden könnte, und wenn nein, warum nicht?
9. Abgeordneter
Klaus Hofbauer
(CDU/CSU)
- Wie viele Arbeitsgenehmigungen sind für tschechische Bürgerinnen und Bürger im Rahmen der Grenzgängerregelung in der ostbayerischen Region – möglichst aufgeteilt nach Arbeitsamtsbezirken – erteilt worden und welche Erfahrungen liegen im Zusammenhang damit vor?
10. Abgeordneter
Klaus Hofbauer
(CDU/CSU)
- Sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, im Hinblick auf die EU-Osterweiterung die geltende Grenzgängerregelung als Übergangsregelung nach dem

Beitritt Tschechiens zur Europäischen Union für einen noch festzulegenden Zeitraum beizubehalten?

11. Abgeordnete
**Dr. Heidi
Knake-Werner**
(PDS)

Verfolgt die Bundesregierung – wie in Aussicht gestellt – weiterhin die Absicht, das Dritte Buch des Sozialgesetzbuches (SGB) umfänglich zu reformieren, und falls die Antwort „Ja“ lautet, zu welchem Zeitpunkt ist mit der Vorlage der zu diesem Reformvorhaben angekündigten Eckpunkte und des Referentenentwurfes zu rechnen?

12. Abgeordnete
**Dr. Heidi
Knake-Werner**
(PDS)

Verfolgt die Bundesregierung – wie im Koalitionsvertrag in Aussicht gestellt – weiterhin die Absicht, eine oder mehrere parlamentarische Initiativen zum Thema „Dienstleistungsagenturen/Dienstleistungszentren“ in den Deutschen Bundestag einzubringen, und falls die Antwort „Ja“ lautet, zu welchem Zeitpunkt ist mit der Vorlage der zu diesem Reformvorhaben gehörenden Gesetzentwürfe zu rechnen?

13. Abgeordneter
**Ernst
Burgbacher**
(F.D.P.)

Ist die Bundesregierung der Meinung, dass die Neuregelung geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse für Anzeigenblattverlage ausnahmslos negative Folgen hat, zu großen finanziellen Problemen und einem enormen Verwaltungsaufwand führt, wie dies vom Bundesverband Deutscher Anzeigenblätter e. V. vorgetragen wird?

14. Abgeordneter
**Ernst
Burgbacher**
(F.D.P.)

Ist die Bundesregierung bereit, darauf hinzuwirken, dass § 8 Abs. 1 Ziff. 2 SGB IV so geändert wird, dass die so genannte 50-Tage-Regelung auch für die Zusteller von Wochenblättern angewendet werden kann?

15. Abgeordneter
**Dr. Ilja
Seifert**
(PDS)

Wie ist nach Ansicht der Bundesregierung ein Bericht im „Gelben Dienst“ 17/2000 vom September 2000 zu bewerten, dass die Erarbeitung eines Sozialgesetzbuches IX gestoppt worden sei, weil der vorliegende Referentenentwurf auf Druck der Fraktion der SPD zurückgezogen werden musste, und wie beabsichtigt sie, die Arbeit an diesem Gesetzesvorhaben weiterzuführen?

16. Abgeordneter
Dr. Ilja Seifert
(PDS)
- Trifft es außerdem zu, dass die „zuständigen Autoren“ des Referentenentwurfs für ein SGB IX sich geweigert hätten, politische Vorgaben der Koalitionsparteien bei der Erarbeitung eines SGB IX umzusetzen, und wenn ja, welche praktischen Konsequenzen zieht die Bundesregierung hieraus?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

17. Abgeordneter
Günther Nolting
(F.D.P.)
- Sind nach Auffassung der Bundesregierung die Verwendungsoptionen von Gewehrmunition und Kampfpanzern bei eventuellen Einsätzen der türkischen Armee gegen Kurden gleich oder teilt sie meine Meinung, dass Kampfpanzer eher für rein militärische Auseinandersetzungen geeignet sind?
18. Abgeordneter
Günther Nolting
(F.D.P.)
- Wie beabsichtigt die Bundesregierung die von ihr möglicherweise befürchteten Einsätze von Kampfpanzern der türkischen Armee gegen Kurden zu verhindern, wenn diese von Drittstaaten geliefert werden oder ist sie nicht vielmehr meiner Meinung, dass ein derartiger Einsatz am ehesten durch eine mit vertraglichen Auflagen verbundene Lieferung von Leopard II zu vermeiden wäre?
19. Abgeordneter
Werner Siemann
(CDU/CSU)
- Welche konkreten Maßnahmen hat die Bundesregierung bisher erarbeitet, um die strukturellen Überhänge und den damit einhergehenden Verwendungs- und Beförderungsstau im militärischen Personalkörper zu beseitigen, und wie sollen diese Maßnahmen innerhalb der vom Bundesminister der Verteidigung, Rudolf Scharping, vorgegebenen Zweijahresfrist umgesetzt werden?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie,
Senioren, Frauen und Jugend**

20. Abgeordneter
**Klaus
Haupt**
(F.D.P.)
- Trifft es nach Kenntnis der Bundesregierung zu, dass das Festival „Arcana Europa“ im Juli 2000 in Segobriga bei Madrid und die gleichnamige Zeitschrift durch das „Youth for Europe“-Programm der Europäischen Union unterstützt worden sind, und wenn ja, teilt die Bundesregierung die Einschätzung, dass durch Festival und Zeitschrift die Verbreitung rechtsextremen Gedankenguts gefördert werden (vgl. „Der rechte Rand“, September/Okttober 2000)?
21. Abgeordneter
**Klaus
Haupt**
(F.D.P.)
- Welche Maßnahmen wird die Bundesregierung ergreifen, die Förderung rechter Veranstaltungen durch die EU zu unterbinden?
22. Abgeordnete
**Ina
Lenke**
(F.D.P.)
- Worin sieht die Bundesregierung die Ursache für den im Vergleich mit anderen Ländern geringen Einsatz von Mifegyne bei Schwangerschaftsabbrüchen?
23. Abgeordnete
**Ina
Lenke**
(F.D.P.)
- Welche Erfahrungen hat die Bundesregierung mit dem vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend geförderten Projekt „Begleitende Maßnahmen zur Einführung des medikamentösen Schwangerschaftsabbruchs“ gemacht, und welche weiteren Maßnahmen sind zur Erhöhung der Akzeptanz für den Einsatz von Mifegyne geplant?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

24. Abgeordneter
**Dr. Heinrich L.
Kolb**
(F.D.P.)
- Ist der Bundesregierung bekannt, dass die Parlamentarische Staatssekretärin bei der Bundesministerin für Gesundheit und Drogenbeauftragte der Bundesregierung, Christa Nickels, im Juli dieses Jahres über einen Link ihrer Homepage Drogenrezepte mit Anwendungshinweisen angeboten hat, und welche Haltung nimmt die Bundesregierung hierzu ein?

- | | |
|---|--|
| 25. Abgeordneter
Dr. Heinrich L. Kolb
(F.D.P.) | Welche Konsequenzen wird die Bundesregierung aus diesem Vorfall für ihre zukünftige Drogenpolitik ziehen? |
| 26. Abgeordneter
Johannes Singhammer
(CDU/CSU) | Aus welchen Gründen erarbeitet die Bundesregierung derzeit den Entwurf eines Festbetragsneuordnungsgesetzes, und wie sieht der Zeitplan für die parlamentarische Beratung aus? |
| 27. Abgeordneter
Johannes Singhammer
(CDU/CSU) | Wird die Bundesregierung für die Zwischenzeit, bis neue Regelungen in Kraft treten können, eine weitere Festsetzung der Arzneimittelfestbeträge (§ 35 Fünftes Buch des Sozialgesetzbuches) durch die Spitzenverbände der Gesetzlichen Krankenversicherung verbieten? |

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr,
Bau- und Wohnungswesen**

- | | |
|--|---|
| 28. Abgeordneter
Werner Wittlich
(CDU/CSU) | Wie werden die im Bundeshaushalt 2000 für Lärmschutz an bestehenden Bahntrassen vorgesehenen 100 Mio. DM verteilt und in welcher Höhe werden die Bewohner an der Bahntrasse im Rheintal im Landkreis Neuwied an den Lärmschutzvorhaben beteiligt? |
| 29. Abgeordneter
Werner Wittlich
(CDU/CSU) | In welcher Höhe sind in den Haushaltsplanungen für 2001 Mittel für Lärmschutz an bestehenden Bahntrassen vorgesehen und wie sollen die Mittel verteilt werden? |
| 30. Abgeordneter
Kurt J. Rossmanith
(CDU/CSU) | Wie verfolgt die Bundesregierung im Allgäu und in Schwaben das vom Bundesminister für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, Reinhard Klimmt, formulierte Ziel, bis 2015 den Gütertransport per Bahn zu verdoppeln? |

31. Abgeordneter
Kurt J. Rossmanith
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, den zweigleisigen Ausbau und die Elektrifizierung der Bahnstrecke München über Buchloe und Memmingen nach Zürich in den Vordringlichen Bedarf aufzunehmen, und welche sonstigen Planungen bestehen?
32. Abgeordneter
Dr. Gerd Müller
(CDU/CSU)
- Welche Gründe werden für die Verzögerung des Vertragsabschlusses zum Ausbau der Strecke München–Memmingen–Lindau zwischen der Bundesregierung, der Deutschen Bahn AG und dem Land Bayern angeführt?
33. Abgeordneter
Dr. Gerd Müller
(CDU/CSU)
- Zu welchem Zeitpunkt ist der Bund bereit, die notwendigen Mittel in Höhe von 80 Mio. DM für den Ausbau der Strecke München–Memmingen–Lindau für Neigetechnikbetrieb nach § 8 Abs. 1 Bundes-schienenwegeausbaugesetz zur Verfügung zu stellen?
34. Abgeordneter
Christian Lange
(Backnang)
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass Autofahrer in Österreich mit Bußgeldern wegen alter deutscher Führerscheine belegt werden dürfen, und beabsichtigt die Bundesregierung Maßnahmen zu ergreifen, um die österreichische Bundesregierung zu einer Rückerstattung der bereits bezahlten Buß-gelder betroffener Autofahrer zu bewegen?
35. Abgeordneter
Christian Lange
(Backnang)
(SPD)
- Mit welchen Maßnahmen begegnet die Bundesregie-rung dem Vorgehen der österreichischen Bundesre-gierung, insbesondere der österreichischen Polizei, gegenüber deutschen Inhabern von alten Führer-scheinen, die nicht im Besitz des neuen Euro-Führer-scheins sind, nach dem ein Umschreiben des Führer-scheins nach deutschem und europäischem Recht nicht zwingend vorgeschrieben ist?
36. Abgeordnete
Christine Ostrowski
(PDS)
- Hat die Bundesregierung die Rechtsverordnung zur Entlastung ostdeutscher Wohnungsunternehmen von Altschulden bei dauerhaftem Leerstand, zu der sie lt. § 6a des 2. Altschuldenhilfeänderungsgesetzes ermächtigt ist, bereits erarbeitet, und welche Eck-werte beinhaltet sie?

37. Abgeordnete
Christine Ostrowski
(PDS)
- Hat die Bundesregierung die laut Information der „Wohnungspolitischen Informationen“ vom 14. September 2000 vom Bundesminister für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, Reinhard Klimmt, auf der Dessauer Länder-Bauministerkonferenz angekündigten 500 Mio. DM, die zur Entlastung ostdeutscher Wohnungsunternehmen von Altschulden rückwirkend zur Verfügung gestellt werden sollen, in den Haushalt eingestellt bzw. aus welchen Titeln sollen sie bestritten werden?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz und Reaktorsicherheit**

38. Abgeordneter
Rainer Brinkmann
(Detmold)
(SPD)
- Welchen Handelswert (in DM/t) besitzt das jährlich in der Bundesrepublik Deutschland anfallende Altholz und Industrie-Restholz in den Kategorien A I bis A IV?
39. Abgeordneter
Rainer Brinkmann
(Detmold)
(SPD)
- Wie viele Tonnen der verschiedenen Kategorien werden thermisch, und wie viele stofflich verwertet?
40. Abgeordneter
Dr. Klaus Rose
(CDU/CSU)
- Welche Schritte hat die Bundesregierung bisher unternommen, um das in der Tschechischen Republik geplante Kernkraftwerk Temelin zu verhindern?
41. Abgeordneter
Dr. Klaus Rose
(CDU/CSU)
- Sieht die Bundesregierung eine Chance in bilateralen Verhandlungen zwischen Deutschland und Tschechien, um den Sorgen und Befürchtungen der ostbayerischen Bevölkerung vor dem Kernkraftwerk Temelin abhelfen zu können?
42. Abgeordneter
Max Straubinger
(CDU/CSU)
- Hat die Bundesregierung Erkenntnisse, dass beim Bau des Kernkraftwerkes Temelin in der Tschechischen Republik internationale Sicherheitsstandards nicht beachtet wurden bzw. nicht zum Einsatz kamen?

43. Abgeordneter
**Max
Straubinger**
(CDU/CSU)
- Wird die Bundesregierung zur Erhöhung der Sicherheitsstandards beim Kernkraftwerk Temelin in der Tschechischen Republik nötigenfalls eine finanzielle Unterstützung z. B. eine Bürgschaft gewähren?
44. Abgeordneter
**Ernst
Hinsken**
(CDU/CSU)
- Was hat die Bundesregierung bisher dafür getan, dass das tschechische Kernkraftwerk Temelin bei Inbetriebnahme westlichen Sicherheitsstandards entspricht, und was wird sie gegebenenfalls tun, um die Inbetriebnahme zu verhindern, sollte die Anlage diesen Standards nicht entsprechen?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

45. Abgeordneter
**Peter
Weiß**
(**Emmendingen**)
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, dass der Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Gunter Pleuger, zum Abschluss der ersten deutschen Botschafterkonferenz geäußert hat, dass durch eine Eingliederung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung in das Auswärtige Amt Synergieeffekte erzielt werden könnten, und dass bei den Gesprächen zur Bildung der derzeitigen Bundesregierung eine solche Zusammenlegung der beiden Bundesministerien erörtert worden ist, wie dies die TAZ am 7. September 2000 gemeldet hat?
46. Abgeordneter
**Norbert
Barthle**
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung der Auffassung, dass sich die innenpolitische Situation in der Republik Österreich zwischen der Verhängung der Sanktionen durch die übrigen 14 EU-Mitgliedstaaten und dem Votum der so genannten „drei Weisen“ geändert hat, und wenn ja, welcher Art sind diese Änderungen?
47. Abgeordneter
**Hartmut
Koschyk**
(CDU/CSU)
- Welche Ergebnisse erzielten die deutsch-polnischen Konsultationen zum Abkommen über soziale Sicherheit vom 5. bis 9. Juli 2000 hinsichtlich der Anerkennung deutscher Wehrdienstzeiten, Zeiten der Kriegsgefangenschaft und Zeiten in polnischen Internierungs- und Arbeitslagern nach 1945 als rentensteigernde Zeiten für die Angehörigen der deutschen Minderheit in Polen, und, sofern die Ergebnisse hinter den Erwartungen der Bundesregierung zurückgeblieben sein sollten, wie gedenkt die Bundesregie-

rung die polnische Seite von der Notwendigkeit der diesbezüglichen Anerkennungen als rentensteigernde Zeiten zu überzeugen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

48. Abgeordneter
Werner Siemann
(CDU/CSU)
- Beabsichtigt die Bundesregierung, die für Arbeiter und Angestellte des öffentlichen Dienstes seit dem 1. August 2000 ausgezahlte lineare Erhöhung von 2 % auch für den Bereich der Soldaten und Beamten zu übernehmen, und plant die Bundesregierung, die ebenfalls seit dem 1. August 2000 im Arbeiter- und Angestelltenbereich geltende Anhebung der Bezüge auf 87 % des Westniveaus auch auf die Soldaten zu übertragen?
49. Abgeordnete
Ulrike Flach
(F.D.P.)
- Wie beurteilt die Bundesregierung den Bevölkerungsrückgang in den neuen Bundesländern (1990 16,1 Millionen Menschen, 2000 15,2 Millionen Menschen) und welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung zu ergreifen, um dem sich abzeichnenden Mangel an Facharbeitern, Ingenieuren und Ärzten zu begegnen, der z. B. von Ministerpräsident Kurt Biedenkopf als „Hauptproblem“ (vgl. Rheinischer Merkur 26/2000) bezeichnet wird?
50. Abgeordnete
Ina Albowitz
(F.D.P.)
- Trifft es zu, dass beim Einsatz des Technischen Hilfswerks (THW) im Kosovo offensichtlich Gelder in Millionenhöhe ausgegeben wurden, ohne dass dafür Rechnungen bzw. Quittungen gemäß des Bundeshaushaltsgesetzes vorhanden sind, und wenn ja, was gedenkt der Bundesminister des Innern zu tun, um diesen Missstand zu beseitigen?
51. Abgeordnete
Ina Albowitz
(F.D.P.)
- Stimmt es, dass das THW beim Einsatz im Kosovo über Barmittel in erheblicher Größenordnung verfügt und dass davon über 500 000 DM entwendet wurden, und wenn ja, was gedenkt der Bundesminister des Innern zu tun, um den genannten Missstand abzustellen?

52. Abgeordnete
**Sylvia
Bonitz**
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, dass der Bundesminister des Innern in Ausübung der Dienstaufsicht über den Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR („Gauck-Behörde“) letztlich darüber zu entscheiden hat, ob und welche Unterlagen über die „Personen der Zeitgeschichte“ zur umfassenden Aufarbeitung der Tätigkeit des Staatssicherheitsdienstes an die Öffentlichkeit weitergegeben werden dürfen, und bedeutet dieses in Konsequenz, dass damit der Bundesminister des Innern über den selbst, wie zwischenzeitlich bekannt geworden ist, Stasi-Unterlagen in der „Gauck-Behörde“ vorhanden sind, über die Veröffentlichung von möglicherweise pikanten Stasi-Unterlagen zu seiner eigenen Person wie auch hinsichtlich seiner Kabinettskollegen zu entscheiden hat?
53. Abgeordnete
**Sylvia
Bonitz**
(CDU/CSU)
- Was hat die Bundesregierung im Einzelnen seit der letzten Sitzung des Innenausschusses des Deutschen Bundestages am 5. Juli 2000 unternommen, um dem fraktionsübergreifend geäußerten Wunsch Rechnung zu tragen, wonach bei der US-Regierung erneut auf eine Aufhebung der „secret“-Einstufung für die Stasi-Unterlagen der Aktion Rosenholz gedrängt werden sollte?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

54. Abgeordneter
**Michael
Stübgen**
(CDU/CSU)
- Sind die Gelder, die dem Land Brandenburg für die Zustimmung zum Gesetz zur Senkung der Steuersätze und zur Unternehmensbesteuerung (Steuersenkungsgesetz) zugesagt wurden, zusätzliche Mittel, und werden diese daher nicht auf zukünftige Leistungen angerechnet?
55. Abgeordneter
**Michael
Stübgen**
(CDU/CSU)
- Woher stammen die Gelder, die einigen Ländern im Zusammenhang mit dem Steuersenkungsgesetz zugesagt wurden, und in welchem Zeitraum müssen sie abgerufen werden?

56. Abgeordneter
Hans Michelbach
(CDU/CSU)
- Wie setzen sich die im Finanzierungstableau des Steuersenkungsergänzungsgesetzes aufgeführten Mindereinnahmen des Bundes, der Länder und der Gemeinden im Detail zusammen, und von welchen Annahmen ist die Bundesregierung bei den Berechnungen ausgegangen?
57. Abgeordneter
Hans Michelbach
(CDU/CSU)
- Warum hat der Bundesminister der Finanzen erst vor kurzem – und nicht schon vor der Verabschiedung des Unternehmenssteuersenkungsgesetzes – einen Entwurf für die neuen Abschreibungstabellen vorgestellt, und warum ist nun ein Entwurf vorgestellt worden, der mit einer durchschnittlichen Verlängerung der Nutzungsdauern von ca 41 v. H. die im Unternehmenssteuersenkungsgesetz als Gegenfinanzierung veranschlagten ca. 3,5 Mrd. DM um mindestens 6 Mrd. DM übersteigen wird?
58. Abgeordneter
Norbert Barthle
(CDU/CSU)
- Wie viele der in 630-DM-Jobs Beschäftigten haben einen Steuerfreistellungsbescheid beantragt bzw. erhalten?
59. Abgeordneter
Thomas Strobl
(Heilbronn)
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, dass durch die Einführung des § 34 Abs. 3 Einkommensteuergesetz (EStG) die bis 1998 geltende Erhebung des halben Steuersatzes bei außerordentlichen Einkünften nur auf Veräußerungserlöse, nicht jedoch auf Entschädigungen wie den Ausgleichsanspruch für selbständige und mittelständische Versicherungsvermittler nach § 24 EStG angewendet werden soll?
60. Abgeordneter
Thomas Strobl
(Heilbronn)
(CDU/CSU)
- Wenn ja, womit begründet die Bundesregierung diese unterschiedliche Behandlung, da der Ausgleichsanspruch des Versicherungsvertreters, ebenso wie der Veräußerungsgewinn eines Gewerbebetriebes oder einer freiberuflichen Praxis, der Alterssicherung dient?
61. Abgeordnete
Gerda Hasselfeldt
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung Einschätzungen, wonach durch die beabsichtigte Herausgabe einer 1-DM-Goldmünze durch die Bundesbank ein Erlös von 130 bis 170 Mio. DM erzielt werden kann, und wenn ja, wie rechtfertigt sie die Verwendung von

100 Mio. DM hiervon zur Ausstattung des Stiftungsstockes für die neu zu errichtende „Stiftung stabiles Geld“?

62. Abgeordnete
**Gerda
Hasselfeldt**
(CDU/CSU)

Wie soll der verbleibende Erlös verwendet werden?

63. Abgeordneter
**Norbert
Hauser
(Bonn)**
(CDU/CSU)

Trifft es zu, dass die Bundesregierung ihre Unterstützung für die Kulturarbeit der Bundesstadt Bonn, zu der sie sich im Bonn-Vertrag verpflichtet hat, nur noch bis zum Jahr 2003 fortführen will, und wie lässt sich dies mit § 6 Abs. 4 des Berlin/Bonn-Gesetzes vom 26. April 1994 in Einklang bringen, nach dem der Bund verpflichtet ist, die Bundesstadt Bonn bei der Wahrnehmung gesamtstaatlicher Repräsentationsaufgaben zu unterstützen?

64. Abgeordneter
**Norbert
Hauser
(Bonn)**
(CDU/CSU)

Welche Gründe führt die Bundesregierung dafür an, dass der im Jahr 1999 ausgelaufene Bonn-Vertrag immer noch nicht verlängert wurde?

